

Kritik der BI „Ohne Garnisonkirche“ an Mike Schuberts Beschlussvorlage: Nur mit Rechenzentrum und ohne originalgetreuen Turm

Mit einigem Erstaunen hat die Bürgerinitiative „Für ein Potsdam ohne Garnisonkirche“ (BI) aus der Presse von Mike Schuberts Kompromissvorschlag erfahren, nach dem eine Jugendbildungsstätte am Ort des ehemaligen Kirchenschiffs der Garnisonkirche entstehen soll. Der Potsdamer Oberbürgermeister (OB) hat demnach den Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung eine Beschlussvorlage präsentiert, die er zuvor mit der Stiftung Garnisonkirche (SGP) besprochen hatte.

Die BI lehnt die Beschlussvorlage in dieser Form ab, da es sich bei dem Vorschlag um einen Scheinkompromiss handelt. Er wurde mit der SGP ausgehandelt – dass Gegner*innen dabei zu Wort kamen, ist nicht bekannt. Dementsprechend fällt auch das Ergebnis aus.

1. Der Turm, um den ja akut gestritten wird, wird nicht in Frage gestellt. Stattdessen wird das Thema übersprungen und dort angesetzt, wo es der Stiftung am wenigsten weh tut. Über den Bau des Schiffs macht sich auf beiden Seiten längst kaum noch jemand Illusionen. Sowohl Finanzierung als auch Nutzungskonzept sind für die mit der Turmkopie schon überforderte Stiftung außer Reichweite. Der originalgetreue Wiederaufbau des Turms der Garnisonkirche hingegen steht

unverändert im Widerspruch zu einer effizienten Nutzung öffentlicher Gelder und einer zeitgenössischen Nutzung städtischer Flächen. Keine der von Schubert als beispielhaft genannten NS-Gedenkstätten hat Symbole dieser Vergangenheit wiedererrichtet, sondern teilweise sogar Gebäude abgetragen oder neue Gebäude mit klarem architektonischen Bruch gebaut. Der Turmbau ist schnellstmöglich zu beenden.

2. Von dem Auftrag des Oberbürgermeisters, die Stiftung aufzulösen, ist in dem Beschluss wenig übriggeblieben. Stattdessen ist eine engere Zusammenarbeit vorgesehen. Die kirchliche Stiftung Garnisonkirche ist ungeeignet, eine internationale Jugendbildungsstätte zu betreiben. Bis heute kann sie kein stichhaltiges Konzept für den Turm aufweisen und zeigt immer wieder einen Hang zum Geschichtsrevisionismus. Vielmehr sollte eine renommierte, überparteiliche und konfessionslose Institution Betreiberin einer Bildungsstätte an diesem Ort sein.

3. Der Beschluss impliziert den Abriss des Rechenzentrums. Die BI spricht sich weiterhin für den Erhalt des sanierungsfähigen Gebäudes auch über 2023 hinaus aus, da es preisgünstige und etablierte Räumlichkeiten für Kleingewerbe, Dienstleister*innen und Kunst- und Kreativschaffende bietet. Diese bestehenden nutzbaren Räumlichkeiten sollten weder für ein Kirchenschiff noch einen Stadtkanal oder eine Jugendbildungsstätte aufgegeben werden. Die angekündigte Bildungsstätte kann ggf. auf der Fläche neben dem Rechenzentrum erbaut werden.

Gegen Jugendbildung ist prinzipiell nichts einzuwenden. Sie sollte jedoch nicht unnötig auf Kosten der Nutzer*innen des Rechenzentrums verwirklicht werden oder dafür herhalten, eigene Interessen bestimmter Akteure durchzusetzen. Sollte die Bildungsstätte gebaut werden, muss der OB bei seiner Planung zudem darauf achten, dass sie nicht mit anderen Gedenkstätten um Fördergelder konkurriert. Bekanntlich wurden für den Bau der Nagelkreuzkapelle Gelder verwendet, die eigentlich für den

Gedenkort am KZ-Außenlager „Klinkerwerk“ bestimmt waren.

Selbstverständlich ist die BI für Gespräche mit dem OB offen.